

Pressemitteilung

CFS-Umfrage zu „Was bedeutet der Wahlsieg von Donald Trump für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den USA?“

Deutsche Finanzbranche erwartet mehr Protektion und weniger Investitionen der USA in der EU

FRANKFURT, 5. Dezember 2024

Hintergrund:

Nach dem Wahlsieg von Donald Trump und seiner bevorstehenden zweiten Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten stellen sich vielfältige Fragen, die auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und der EU sowie die Finanzmärkte betreffen. Denn die Vereinigten Staaten sind für viele europäische Unternehmen neben China der wichtigste Exportmarkt. Vor diesem Hintergrund sind Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft gespannt, wie die künftige Wirtschaftspolitik der USA aussehen wird. Denn Donald Trump hatte auch in der Vergangenheit die aus seiner Sicht unausgewogenen Handelsbeziehungen mit hohen Handelsbilanzdefiziten der USA mit der EU beklagt.

Ergebnisse der Umfrage

Mehr als 80% der Befragten gehen davon aus, dass sich die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA verschlechtern werden. Gleichzeitig sind mehr als 83% der Panelisten davon überzeugt, dass Unternehmen aus der EU vermehrt in den USA investieren werden, um Handelsbarrieren zu umgehen. Umgekehrt erwarten mehr als 73% der Teilnehmenden an der Umfrage, dass die USA weniger in der EU investieren werden. „Es wird darauf ankommen, frühzeitig mit der neuen US-Administration ins Gespräch zu kommen, um weitere Zölle und sonstige Handelshemmnisse zu vermeiden. Diese würden eine Erholung der deutschen Wirtschaft erschweren“, sagt Professor Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies. „Die befragten Fach- und Führungskräfte erwarten zu fast 90%, dass sich die Banken- und Finanzmarktregulierung in den USA künftig eher lockern wird. Dies könnte aufgrund der oftmals seitens Donald Trump kommunizierten Unterstützung des Bitcoins auch zu einer Liberalisierung der Kryptomärkte führen. „Die EU muss hier aufpassen, dass man nicht den Anschluss in einem wichtigen Zukunftsmarkt verliert“, ergänzt Brühl.

Interessant ist ebenfalls die Einschätzung der großen Mehrheit der Befragten (84%), dass die Inflationsrate in den USA künftig eher steigen wird. Denn dies widerspräche

Pressemitteilung

dem erklärten Ziel der designierten Trump-Regierung, die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung senken zu wollen.

„Die EU ist gefordert Ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das gilt auch und gerade für den Finanzsektor und den Finanzplatz Frankfurt. Das wird in der Breite der verantwortlichen Akteure erkannt, das gibt Grund zur Zuversicht“, sagt Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance.

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Professor Dr. Volker Brühl
069/798 30050
volker.bruehl@hof.uni-frankfurt.de

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.